

AN DAS FRIEDENSGERICHT _____

Widerspruchsverfahren gegen Verwaltungsstrafen

Die/Der unterfertigte _____

geboren am _____ in _____

wohnhaf in _____ PLZ _____

Straße _____ Tel. _____

Steuernummer/Mehrwertsteuernummer _____ *

mit Wahldomizil in _____ (Prov. _____)

Straße _____

Fax oder E-Mail für Mitteilungen _____

erklärt, dass

die Gemeinde _____

das Innenministerium – Verkehrspolizei _____

das Verteidigungsministerium – Carabinieri von _____

das Regierungskommissariat für die Provinz _____

eine andere Verwaltung _____

ihr/ihm mit Maßnahme vom _____, Nr. _____

zugestellt am _____

die Verwaltungsstrafe in Höhe von _____ Euro

die Nebenstrafe _____

die Kürzung der Führerscheinpunkte um _____ Punkte

wegen der Übertretung in Verwaltungssachen gemäß Art. _____

verhängt hat.

Die/Der Unterfertigte begründet den Widerspruch wie folgt:

Aus den oben angegebenen Gründen erhebt die/der Unterfertigte aufgrund der Art. 6 und 7 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 1. September 2011, Nr. 150 gegen die oben angeführte Maßnahme Widerspruch und

e r s u c h t

den Friedensrichter um Festlegung einer Verhandlung für das Erscheinen der Parteien und Annahme folgender Anträge:

Aufhebung des Bußgeldbescheids/des Vorhaltungsprotokolls

vom _____, Nr. _____

aus den oben angegebenen Gründen vorläufige Aussetzung der Vollstreckung der besagten Maßnahme mit sofortiger Wirkung

Auferlegung der Kosten für den Rechtsstreit zu Lasten des Antragsgegners

Festsetzung des Mindestmaßes der Geldstrafe, im Fall einer Abweisung des Antrags.

Sie/Er ersucht, dass im Ermittlungsverfahren nachstehende Zeugen über _____
gehört werden (*Vor- und Zuname angeben*) _____

Im Ermittlungsverfahren werden nachstehende Unterlagen vorgelegt:

1) Bußgeldbescheid/Vorhaltungsprotokoll Nr. _____

2) _____

3) _____

4) _____

Die/Der Unterfertigte erklärt, dass der Wert dieses Verfahrens _____ Euro entspricht, weshalb aufgrund des Art. 10 des DPR Nr. 115/2002, geändert durch Art. 2 Abs. 212 des Finanzgesetzes 2010, ein Einheitsbeitrag in Höhe von _____ Euro entrichtet wurde.

Die Mitteilung über die Einzahlung des Einheitsbeitrags/der Antrag auf Eintragung in das Register wird beigelegt.

Ort und Datum _____

Unterschrift der Rekursstellerin/des Rekursstellers

Anmerkung: Dieser Vordruck muss – falls erforderlich – ergänzt oder geändert werden.
Es ist ratsam, beim zuständigen Friedensgericht Informationen einzuholen.

* Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass gemäß den Bestimmungen des Gesetzesdekretes Nr. 98/2011 unter anderem vorgesehen ist, dass bei fehlender Angabe der Steuernummer im verfahrenseinleitenden Schriftstück der Einheitsbeitrag um die Hälfte erhöht wird.